

## **Probleme mit dem Nation-Building in Afghanistan**

### **Bericht über die verfassunggebende Loya Jirga**

MATIN BARAKI

#### **Verfassungsentwurf auf Bestellung**

Auf der ersten Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn vom 27.11.–5.12.2001, den "Talks on Afghanistan", war vereinbart worden, daß für Afghanistan bis Ende 2003 eine neue Verfassung verabschiedet sein soll. Damit die afghanische Übergangsadministration auf einer gesetzlichen Grundlage agieren kann, wurde die Verfassung von 1964 aus der Zeit der Monarchie reaktiviert. Dies war nicht mehr als eine Formalität, denn an deren Grundsätze hat sich niemand gehalten.

Nach einjährigen Verhandlungen in der auf dem Petersberg vereinbarten 36-köpfigen Kommission wurde am 3. November 2003 mit 64 Tagen Verspätung der aus zwölf Kapiteln und 182 Artikeln bestehende Verfassungsentwurf, der Interimspräsident Hamid Karsei auf den Leib geschneidert ist, ihm, dem Ex-Monarchen Mohammad Saher und dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, überreicht. Karsei wird demnach umfassendere Machtbefugnisse haben als Wladimir Putin und George W. Bush zusammen.<sup>1</sup> Afghanistan soll ganz nach US-Muster ein Präsidialsystem bekommen. Es ist zu befürchten, daß ein Präsidialsystem ausgestattet mit einer solchen Machtfülle, die ethnischen Probleme weiter verschärfen und die "Amerikanisierung" Afghanistans zementieren wird. Schon beim Entwurf wurde zwischen Islamisten und säkular orientierten Kräften erbittert um die Machtverteilung in der künftigen Regierung, um die Stellung des Islam in der Verfassung gerungen.

#### **Machtdemonstration von Warlords und Islamisten**

Wochenlang wurden von den 5000 Personen, die bereits für die Loya Jirga vom 10. Juni 2002 kandidiert hatten, 452 Delegierte, unter ihnen 90 Frauen,

<sup>1</sup> Vgl. Grobe, Karl: Die Abnicker, in: Frankfurter Rundschau (FR), 23.12.2003, S. 3.

ausgewählt, 50 weitere wurden von Karsei ernannt, darunter der Islamist Sebgatullah Mojadedi, Mirweis Saher, der jüngste Sohn des Ex-Monarchen. Manipulationen, Gewaltdrohungen und Stimmenkauf bildeten nicht die Ausnahme, sondern waren an der Tagesordnung. Der Stammesführer Gul Haqiq Schinwari aus Ostafghanistan nannte die Summe von 100 bis 110 € je Stimme. Den des Lesens und Schreibens unkundigen Wählern wurde entweder beim Ausfüllen der Wahlzettel "geholfen" oder die Wahllokale waren so abgeteilt, daß jeder sehen konnte, auf welches Foto der zu wählenden Kandidaten die Wähler mit dem Finger zeigten, was dann als Abstimmung gewertet wurde. So wurden die Wahlergebnisse "gemacht" und so kam es, daß z. B. in der Provinzhauptstadt Jalal Abad 15 der 22 gewählten Delegierten ehemalige Kommandanten der Mojahedin waren. Die reformorientierten Kandidaten und die zwei Kandidatinnen hatten keine Chance. "Das war keine Wahl, sondern ein Wettkampf von Kommandeuren mit Geld",<sup>2</sup> kommentierte folgerichtig ein Journalist. Die Leiterin einer Wohlfahrtsorganisation, Homeira Rafi, hatte auf ihre Kandidatur verzichten müssen, weil der Vorsteher der Verfassungskommission für ihre Sicherheit nicht garantieren konnte, nachdem sie von einem Mitglied der Provinzregierung bedroht worden war. "Die Warlords wollen nicht, daß Frauen eine starke Vertreterin in der Loja Dschirga haben, sie wollen ihre Verbrechen vertuschen"<sup>3</sup>, bemerkte Frau Rafi. Nach Angaben eines UN-Mitarbeiters waren etwa 70% der direkt "gewählten" Abgeordneten ehemalige Mojahedinkommandanten. Ernüchtert stellte ein westlicher Diplomat dazu fest: "Das bedeutet mehr Scharia und weniger Rechte für Frauen als bisher im Entwurf vorgesehen".<sup>4</sup>

## Die Rolle der USA

Rechtzeitig vor Beginn der Loya Jirga war der Sonderbeauftragte von Präsident George Bush für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, zum US-Botschafter in Kabul ernannt worden. Bush hatte ihm die Botschaft mit auf den Weg gegeben: "Erfolg ist die einzige Option!"<sup>5</sup>

Wegen Gerangels rivalisierender Kräfte mußte die Eröffnung der Loya Jirga – eigentlich für den 10. Dezember 2003 angesetzt – mehrfach verschoben werden, aus technischen Gründen wie es offiziell hieß. Die Delegierten waren vor der Eröffnung von UN-Mitarbeitern und seitens der UNO beauf-

<sup>2</sup> Hansen, Sven: Scharia soll ins Grundgesetz, in: Die Tageszeitung (TAZ), 13./14.12.2003, S. 6.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Heller, Jan: Maßgeschneidert für Hamid Karsai, in: TAZ, 4.11.2003, S. 10.

trugten Exilafghanen in sogenannten "Orientierungen" auf die Arbeitsweise der Jirga vorbereitet worden. Es sollte "nichts dem Zufall überlassen werden."<sup>6</sup>

Mehr als bloße Symbolik war das hinter dem Präsidium der Loya Jirga aufgehängte Emblem: (Laelaha Elallah, Mohammad Rasulellah), "Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammad ist sein Gesandter". Am 14. Dezember 2003 wurde endlich (Ironie der Geschichte) in einem großen Zelt auf dem Gelände des von der Sowjetunion gebauten Polytechnikums, das einer Festung glich, die Jirga durch den für solche repräsentativen Aufgaben zuständigen Ex-Monarchen Mohammad Saher eröffnet.<sup>7</sup> Sofort anschließend hielt Karsei eine Rede und rief zur Wahl des Versammlungsleiters auf. Viele Delegierten waren dagegen und forderten zunächst eine Debatte über die Geschäftsordnung auf der Loya Jirga. Ein aufgeregter Delegierter äußerte: "Wir lassen uns keine Regeln vom Präsidenten aufzwingen",<sup>8</sup> während sich die Organisatoren auf die im Vorfeld festgelegte Geschäfts- und Tagesordnung beriefen.<sup>9</sup> Bei der Wahl des Versammlungsleiters setzte sich der in Vergessenheit geratene, erste, nur zwei Monate amtierende Präsident des Islamischen Staates Afghanistan (1992), Sebgatullah Mojadedi, ein gemäßiger, jetzt auf Karseikurs umgeschwenkter Islamist und Wendehals gegen den auf dem Petersberg von den USA bei Seite geschobenen Präsidenten Afghanistans (1992–2001), den Fundamentalisten Burhanudin Rabani, durch.

Die von den Delegierten gewählten zehn Kommissionen – keine einzige wurde von einer Frau geleitet – wurden von den Monarchisten, die kaum etwas zu sagen hatten, boykottiert. Vor der Kommissionsarbeit wollten sie über das künftige politische System in der Vollversammlung debattieren. Diese Gruppe steht für einen demokratischen Parlamentarismus, den sie als "deutschen Weg" bezeichnen. "Die Verfassung ist für künftige Generationen und darf nicht von Beginn an den Keim der Despotie in sich tragen,"<sup>10</sup> schrieben Karseis Gegner um den Kabuler Abgeordneten Abdul Schakar Hakimi an Brahimi und Khalilzad. Die zweite Option, ein Präsidialsystem mit einem Zwei-Kammer-Parlament wird von der "amerikanischen Fraktion" um Karsei mit starker Rückendeckung Khalilzads favorisiert. Die drit-

<sup>6</sup> Mühlmann, Sophie: Statt der Loja Dschirga regiert das Chaos, in: Die Welt, 8.12.2003, S. 7.

<sup>7</sup> Vgl. Mühlmann, S.: Afghanistan ringt um eine Verfassung, in: Die Welt, 15.12.2003, S. 6.

<sup>8</sup> Petersen, Britta: Loja Dschirga beginnt mit Erfolg für Karsai, in: Financial Times Deutschland, 15.12.2003, S. 17.

<sup>9</sup> Vgl. Mühlmann, S.: Fundamentalisten bedrohen die Loja Dschirga, in: Die Welt, 13.12.2003, S. 7.

<sup>10</sup> Taheri, Ahmad: Stunde der religiösen Demagogen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.12.2003, S. 3.

te Variante wurde von den Islamisten der Nordallianz unterbreitet; sie akzeptieren zwar den Präsidenten als Chef der Exekutive, befürworten jedoch einen Ministerpräsidenten an der Spitze der Regierung als Gegengewicht zum Staatspräsidenten und wollen seine Machtbefugnisse auch noch durch ein starkes Parlament beschränkt sehen.

Gestützt auf eine starke Präsenz sagten tadschikische Mojahedin Karsei mehrfach offen den Kampf an. Damit es nicht zum Eklat kam, verhandelten die Kontrahenten hinter verschlossenen Türen in Anwesenheit von Francesc Vendrell und Lakhdar Brahimi, dem EU- bzw. UN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, in einem sog. Verständigungskomitee, "wobei der neue amerikanische Botschafter Zalmay Khalilzad die Hauptrolle spielte."<sup>11</sup>

Für den 30. Dezember 2003 waren das Ende der Diskussion und die Schlußabstimmung vorgesehen, die jedoch wegen 17 noch offener Fragen verschoben werden mußten. Es ging u. a. um die Kompetenz des Präsidenten und der Gouverneure, der Provinzparlamente, die Stellung der Minderheitensprachen, doppelte Staatsangehörigkeit der Minister, die Wirtschaftsform, "Freie Marktwirtschaft" oder "Freie und Gemischte Wirtschaft", die Bezeichnung der Staatsangehörigen als "Afghanen" oder "Afghanistanis", die Wahl eines provisorischen oder eines regulären Parlaments, die gleichzeitige Durchführung der Wahlen zum Parlament und des Präsidenten. Brahimi hatte in der Loya Jirga Flugblätter verteilen lassen, in denen Parlamentswahlen für 2004, fester Bestandteil des Petersberg-Abkommens, für unmöglich erklärt wurden, berichtete der BBC-Reporter Saadat Safi aus Kabul.<sup>12</sup> Es soll zunächst nur der Präsident, genauer Karsei, gewählt werden, der dann auf unabsehbare Zeit ohne Parlament regieren würde.

## Ethnisierung als Instrument der Politik

Die Anhänger Karseis "spielten die ethnische Karte"<sup>13</sup> und provozierten so die Polarisierung der Delegierten. Ihre Absicht war, die paschtunischen Abgeordneten geschlossen hinter sich zu bringen. Als der Versammlungsleiter Mojadedi am 1. Januar 2004 eine Abstimmung anordnete, wurde diese von 226 der 502 Delegierten boykottiert, unter ihnen Vertreter ethnischer Minderheiten, Unabhängige und Demokraten, weil bereits geschlossene Kompromisse in der Beschlußfassung nicht berücksichtigt worden waren. So

<sup>11</sup> Taheri, A.: Der Große Rat tagt in Afghanistan; in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.12.2003, S. 9.

<sup>12</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 31.12.2003.

<sup>13</sup> Heller, J.: Sprachenstreit lähmt die Loja Dschirga, in: TAZ, 3.1.2004, S. 9.

fehlte u. a. der legitime Schutz der Minderheiten in der Verfassung. Im Ergebnis einer Kampfabstimmung wurde dieser mit einfacher Mehrheit verworfen. (Ein Vorgeschmack darauf, wie es ihnen im künftigen Afghanistan ergehen wird.) Die benachteiligten Kontrahenten Karseis kündigten an, die Endergebnisse der Loya Jirga nicht zu akzeptieren. Die faktische Spaltung Afghanistans wäre vollzogen, ein andauernder Bürgerkrieg und unweigerlich die Verwicklung der NATO die Folge. Um ein Scheitern der Loya Jirga zu verhindern, wurde die Sitzung bis zum 3.1.2004 unterbrochen. Wieder wurde hinter verschlossenen Türen in Anwesenheit von Khalilzad, Brahimi und Vendrell gepokert. Bei der Bevölkerung und den Delegierten wird ein bitterer Beigeschmack bleiben, wegen des massiven Drucks, der seitens der UNO und der USA auf die Versammlungsteilnehmer ausgeübt wurde. Ein frustrierter Delegierter meinte: "Das eigentliche Spiel findet außerhalb der Loya Jirga statt."<sup>14</sup>

Auch am 21. Tag der Loya Jirga waren immer noch mindestens zwei Punkte umstritten: zum einen ging es um die offiziellen Sprachen Afghanistans und zum anderem um die doppelte Staatsbürgerschaft der Minister. Mojadedi verkündete eine weitere Vertagung auf den 4. Januar verbunden mit der Stellungnahme, daß es nur noch um einen Punkt gehe und, wenn dann immer noch keine Übereinstimmung erzielt werden könne, wir der Welt das Scheitern der Loya Jirga verkünden müßten. Auf einer Pressekonferenz widersprach Karsei den Vorwürfen, daß seine Minister sich in die Angelegenheiten der Jirga einmischten und gab ein deutliches Votum für eine "Islamische Republik" ab.<sup>15</sup> Für die Inszenierung der täglichen Pressekonferenzen von Karsei während der Loya Jirga war vom State Department eigens ein Studio eingerichtet worden, wo er wie der Star einer Filmpremiere und als Protagonist der USA im militärischen und politischen Erfolgsprojekt Afghanistan aufgebaut wurde.<sup>16</sup>

Die Vorwürfe gegen Karseis Minister waren nicht aus der Luft gegriffen, denn der Delegierte Mohammad Ekram Eichelwak hatte der BBC sogar die Namen einzelner Minister genannt, u.a. die des Finanzministers Mohammad Aschraf Ghani und des Wiederaufbauministers Mohammad Amin Farhang, die den Abgeordneten vorschreiben würden, was sie zu tun hätten.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Heinzle, Christoph, in: Heute aktuell, HR 1, 3.1.2004, 18:00 Uhr.

<sup>15</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 3.1.2004.

<sup>16</sup> Vgl. Mühlmann, S.: Vertrackt, in: Die Welt, 15.12.2003, S. 8.

<sup>17</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 31.12.2003.

## Entscheidung hinter verschlossenen Türen

Am 4. Januar 2004 um 15:00 Uhr Ortszeit trat Mojadedi vor die Versammlung und verkündete den hinter verschlossener Tür, von einem achtköpfigen Gremium unter Beteiligung und massivem Druck von Khalilzad, Brahimi und Vendrell erreichten Kompromiß, ohne dessen Inhalt bekanntzugeben. Eine formale Abstimmung wurde nicht mehr durchgeführt, denn es war nicht abwegig, daß es zahlreiche Gegenstimmen bzw. Enthaltungen gegeben hätte. Um solche Unwägbarkeiten auszuschließen, forderte Mojadedi die Delegierten auf, sich zu erheben. Daraufhin stand die Mehrheit auf, was er als Zustimmung zur Verfassung interpretierte. Wortmeldungen aus den Reihen der Delegierten ließ er nicht mehr zu, statt dessen erteilte er sofort das Wort an den US-Botschafter Khalilzad, dann an den UN-Beauftragten Brahimi und schließlich an Karsei.<sup>18</sup>

“Afghanistan ist eine Islamische Republik” lautet Art. 1 der Verfassung. Dies wird jedoch von den Monarchisten und ihren aus dem Süden stammenden paschtunischen Anhängern sowie von reform- und säkular orientierten Kräften entschieden abgelehnt. Der Bauingenieur Mohammad Rauf Mehdi, der iranische Exil-Afghanen auf der Jirga vertrat, hatte 146 Unterschriften gesammelt – das waren nur fünf weniger als für eine Abstimmung erforderlich gewesen wären – um die beabsichtigte Bezeichnung der Republik als “Islamische” zu streichen. Auch wenn sein Vorschlag durchgekommen wäre, so wäre jedoch niemand willens gewesen, einen solchen Antrag in aller Öffentlichkeit in der Loya Jirga zu begründen. Mehdi wurde von den beiden Ultraislamisten Sayaf und Rabani zu einen “Gespräch” zitiert. Sie bedrohten ihn und bezeichneten ihn als Ungläubigen und Kommunisten. Noch weitere Delegierte, wie Frau Malalei Joia, aus der westafghanischen Provinz Farah, ja sogar Prominente, wie Haschmat Ghani, der Bruder des mächtigen Finanzministers Aschraf Ghani und Inhaber eines US-amerikanischen Passes, wurden von Sayaf persönlich bedroht.<sup>19</sup> Der Kabuler Abgeordnete Abdul Kabir Ranjbar wurde durch aggressive Islamisten mit Drohungen aus dem Versammlungszelt vertrieben. Diese hätten weder Kultur noch respektierten sie demokratische Regeln und bei Meinungsverschiedenheiten griffen sie zur Waffe, erklärte Ranjbar vor dem Zelt.<sup>20</sup> Die halbamtliche Tageszeitung “Anis” aus Kabul meldete am 30.12.2003, daß wegen der massiven Präsenz der Mojahedin-Kommandanten auf der Loya Jirga nur wenige Abgeordnete

<sup>18</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 4.1.2004.

<sup>19</sup> Vgl. Heller, J.: Drohungen gegen afghanischen Delegierten, in: TAZ, 31.12.2003/1.1.2004, S. 13.

<sup>20</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 2.1.2004.

sich trauten, ihre Meinung zu sagen. In der afghanischsprachigen Sendung von BBC konnte man den Sitzungspräsidenten Mojadedi mit drohender Stimme auf der Sitzung des 1. Januar 2004 vernehmen, als er sagte: "Mehdi und seine Leute sind Ketzer, die man kennt und bestrafen wird". Damit war Mehdi sozusagen vogelfrei. Francesc Vendrell gab gegenüber AFP seine Besorgnis zum Ausdruck, weil man sich leicht vorstellen könne, was die Aussage Mojadedis in Afghanistan bedeute. Er hätte solche Äußerungen von den Taleban erwartet.<sup>21</sup>

## Ohne Scharia wird nichts gehen

Nicht wenige Delegierte beklagten, daß die Islamistenführer versuchen, geradezu jeden Verfassungsartikel nach dem Recht der Scharia zu formen.<sup>22</sup> Diese ist zwar in der Verfassung nicht explizit festgeschrieben, gelangt jedoch durch die Formulierung "Kein Gesetz kann im Widerspruch zu den Grundlagen des Islam stehen" (Art. 3) trotzdem wieder zur Geltung. Dies ist ein Gummiparagraph, den jeder, auch in der Kabuler Administration, nach seiner Vorstellung interpretieren kann. Bedenklich, daß die Scharia durch diese blumige Umschreibung als erste Rechtsgrundlage festgeschrieben wird. Den Fundamentalisten wird das die Möglichkeit eröffnen, z. B. die untergeordnete Rolle der Frau daraus abzuleiten. Denn welche Instanz, welches Gremium wird darüber befinden, und was soll als Maßstab dafür gelten, was islamisch oder unislamisch ist? Schon vor Beginn der Loya Jirga hatten die Islamisten Stimmung gemacht. "Wenn wir Muslime sind, dann ist das einzige Gesetz die Scharia. Wenn einem Dieb die Hand abgehackt wird, muß er dankbar sein, daß ihn Gottes Befehl von der Sünde befreit hat. Wenn eine Frau wegen unehelichen Verkehrs gesteinigt wird, soll sie mit jedem Stein rufen: ‚Gott sei Lob, mein Leib wird gereinigt!‘",<sup>23</sup> predigte der einflußreiche Großmullah, Maulawi Tschakari, in der Moschee des Kabuler Diplomatenviertels Wasir Akbar Chan. Die Scharia, die im Koran nur einmal vorkommt (Sure 45, Vers 18), impliziert Fatwa, und Fatwa bedeutet grausamer Tod, wie Steinigung, Kopf- und Gliederabtrennung, wie es in der Talebanzeit praktiziert wurde. "Scharia und Menschenrechte vertragen sich ebensowenig wie Feuer und Wasser,"<sup>24</sup> stellt Bassam Tibi zu Recht fest. Afghanische Islamisten wollen aber auf die Scharia partout nicht verzichten.

<sup>21</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 2.1.2004.

<sup>22</sup> Vgl. Tote bei Anschlägen in Afghanistan, in: FAZ, 29.12.2003, S. 2.

<sup>23</sup> Taheri, A.: Stunde der religiösen Demagogen, in: FAZ, 23.12.2003, S. 3.

<sup>24</sup> Tibi, Bassam: Wie Feuer und Wasser, in: Der Spiegel, Nr. 37/1994, S. 172.

Das Erziehungswesen soll ebenfalls "im Rahmen der Grundlagen des heiligen Islam" (Art. 46) aufgebaut werden. Vertreter der Demokratiebewegung, ein Sammelbecken verschiedenster politischer Gruppierungen, kritisierten, daß ein Passus aus dem Entwurf gestrichen wurde, der die Verteidigungskräfte unter zivile Kontrolle gestellt hätte. Auch die Einführung eines Ministerpräsidenten (Art. 67 und 73ff.), wofür sich die Panjscherfraktion der ehemaligen Nordallianz um deren Troika (Verteidigungsminister Fahim, Außenminister Abdullah und Erziehungsminister Qanuni) eingesetzt hatte, wurde von Karsei gestrichen.

Präsident wie Mitglieder des Kabinetts müssen afghanische Bürger sein, von afghanischen Eltern stammen und nicht gegen nationale Interessen des Landes und die Menschenrechte verstoßen haben (Art. 65 und 73). Würde man das wörtlich umsetzen, dann müßte die gesamte Kabuler Administration, einschließlich Karsei, ausgewechselt werden. Denn in ihr sitzen nicht nur gebürtige Afghanen mit Pässen der USA, Australiens und Kanadas, sondern auch zahlreiche Kriegsverbrecher und Heroinbarone. Mit Zustimmung des Parlamentes können aber Minister ihre ausländischen Staatsbürgerschaften beibehalten. Da es in absehbarer Zeit noch kein Parlament geben wird, können Bürger ausländischer Staaten ungehindert in Afghanistan weiter mitregieren.

Dem Präsidenten werden nun statt einem zwei Stellvertreter zur Seite stehen, es wird eine Verfassungskommission, deren Aufgaben nebulös bleiben, gebildet; der Präsident ist nicht mehr nur dem Volk, sondern auch dem Parlament verantwortlich und seine Außenpolitik benötigt die Zustimmung dieses Gremiums. Er wird die Minister, den Obersten Ankläger und den Präsidenten der Nationalbank (Dé Afghanistan Bank) ernennen. Die Nationalhymne wird mit Allahu Akbar (Gott ist groß) eingeleitet und in Paschto gesungen. Vier Minderheitensprachen, Usbekisch, Turkmenisch, Paschai und Belutschi werden als weitere Amtssprachen in den Gebieten, wo sie mehrheitlich gesprochen werden, anerkannt.

Die Warlords aus Panjscher konnten ihren Anspruch, ihr Idol Ahmad Schah Masud, der an der Zerstörung Kabuls (1992–1996) maßgeblich beteiligt gewesen war, als "Nationalheld" in die Verfassung aufzunehmen, nicht durchsetzen.

Art. 6 verpflichtet den Staat, neben dem Schutz der Persönlichkeit und der Menschenrechte die Verwirklichung der Demokratie und den Aufbau einer auf sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand basierenden Gesellschaft zu gewährleisten. Unter den jetzigen afghanischen Bedingungen kann dies nur als äußerst realitätsfern bezeichnet werden.

## Zur Stellung der Frau

Die Gleichberichtigung von Frauen und Männern ist in der Verfassung zwar verankert. Jedoch ist Papier geduldig und die afghanische Realität weitaus komplizierter. Was wird sich im Leben von Frauen und Kindern, so z. B. des "Buchhändlers aus Kabul"<sup>25</sup> ändern? Ihr armseliger, perspektivloser Alltag wird davon nicht im geringsten tangiert werden. Ihnen wird das Recht auf Bildung und freie Entscheidung auch weiterhin vorenthalten werden. Nicht einmal auf der Loya Jirga wurden die Rechte der Frauen geachtet. Frau Malalei Joia wurde von den Islamisten bedroht, weil sie auf der Loya Jirga auf deren Verbrechen hingewiesen hatte.<sup>26</sup> "Hier unter diesem Zelt sitzen lauter Räuber, Drogenhändler, Verbrecher und Mörder"<sup>27</sup>, stellte sie fest. "Sie haben das Land aus Machtgier und Geldgier zugrunde gerichtet. Sie gehören nicht in eine freie, erhabene Versammlung, sondern vor Gericht"<sup>28</sup>, sagte sie den anwesenden Mojahedinführern ins Gesicht. "Wenn unser armes Volk diesen Kriminellen auch vielleicht vergibt – die Geschichte wird ihnen nie verzeihen. Ihre kriminellen Handlungen sind alle aufgezeichnet"<sup>29</sup>, führte Joia weiter aus. Daraufhin versuchten einige Delegierten aus dem islamistischen Lager das Podium zu stürmen, während andere ihr mit dem Tod drohten und sie als unanständig beschimpften. Der Versammlungsleiter Mojadedi wies sie sogar aus dem Versammlungszelt. Seitdem stand sie unter UNO-Schutz, mußte ständig von Leibwächtern begleitet werden, und auch ihre Unterkunft wurde bewacht. Fatima Gailani, in London residierende Tochter des Mojahedinfürsten, Großgrundbesitzers und Mitglieds der Verfassungskommission, Sayed Ahmad Gailani, forderte die Frauen auf, sich zurück zu halten. "Und wie lange sollen wir noch schweigen?"<sup>30</sup> erwiderte daraufhin Joia.

Karsei hat schon den Ultraislamisten Fasel Hadi Schinwari zum Obersten Richter bestellt. Seine Ernennung steht im Widerspruch zu Art. 128 der Verfassung, in dem das Alter von Richtern auf 60 Jahre begrenzt ist. Schinwari hat diese Grenze schon längs überschritten. Kabul ist weit, das Recht der Stämme bleibt unangetastet, und die Warlords müssen sich auch nicht an das halten, was unter der Regie ausländischer Mächte beschlossen wurde, außer es würde mit militärischen Mitteln durchgesetzt. Kürzlich ist auf einer

<sup>25</sup> Seierstad, Åsne: *Der Buchhändler aus Kabul*. München 2003.

<sup>26</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 6.1.2004.

<sup>27</sup> Taheri, A.: *Halten Sie zukünftig den Mund!*, in: FAZ, 19.12.2003, S. 4.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> *Das Porträt – Mutig*, in: FR, 5.1.2004, S. 2.

<sup>30</sup> Ebenda.

NATO-Tagung in Brüssel die Stationierung von NATO-Einheiten über Kabul hinaus beschlossen worden. Ihr neuer Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sieht neben der Verbesserung der euro-atlantischen Beziehungen seine "Hauptaufgabe" in der Ausweitung der NATO-Präsenz auf ganz Afghanistan.<sup>31</sup> Hier wird die Bedeutung des Konfliktes für die internationale Politik ersichtlich.

### Keine Lösung der afghanischen Probleme in Sicht

Der erzwungene Kompromiß konnte zwar mittels massiven Drucks durchgesetzt werden, den Problemen des Landes wird er aber kaum zur Lösung verhelfen können. Ob diese Verfassung der nationalen Einheit Afghanistans eher nutzen oder eher schaden wird, wird sich noch zeigen. Aufschlußreich ist auch, daß der Text der neuen Verfassung schon einen Tag nach Abschluß der Loya Jirga in englischer Sprache vorlag, jedoch nicht in den afghanischen Sprachen. Aufmerksame Afghanen munkeln sarkastisch, ob Englisch inzwischen die erste afghanische Nationalsprache geworden wäre. Die Gegenspieler Karseis nennen sich selbst die "Volksvertreter", während sie Karsei und seine Entourage als "Machtmonopolisten" bezeichnen. Sollten die unterlegenen Gegner von Karsei ihre Drohung wahr machen, wäre das Land faktisch gespalten mit unabsehbaren Konsequenzen, einschließlich der Involvierung von NATO-Truppen in einem schwelenden Bürgerkrieg. Daher sind die optimistischen Stellungnahmen einiger Politiker aus Berlin zum Abschluß der Loya Jirga unangebracht oder zumindest verfrüht.<sup>32</sup> Die Bush-Administration sei, wie die New York Times am 5.1.2004 berichtete "vom Ergebnis zu Recht begeistert", obwohl keine Lösung innerafghanischer Probleme in Sicht ist.

Der Kampf auf allen Ebenen geht weiter. Massive Kritik an der Vorgehensweise der USA bzw. ihres Botschafters Khalilzad und Karseis auf der Loya Jirga hat schon eingesetzt. Unterschriften werden von Karsei-Gegnern gesammelt, um das Präsidialsystem durch ein Volksbegehren zu kippen. "Wenn wir an die Macht kommen, werden wir das Präsidialsystem abschaffen und ein parlamentarisches einführen"<sup>33</sup>, sagte der Oppositionspolitiker Hafis Mansur von der Nordallianz, zwei Tage nach Ende der Loya Jirga. Der Delegierte Waqef Hakimi wagte sogar die Bemerkung: "die Verfassung

<sup>31</sup> Vgl. "Hauptaufgabe Afghanistan", in: FR, 6.1.2004, S. 6.

<sup>32</sup> Vgl. Schröder gratuliert Karzai, in: FAZ, 6.1.2004, S. 4.

<sup>33</sup> Vgl. BBC, Afghanistan-Programm, 6.1.2004.

sei nicht rechtmäßig.<sup>34</sup> Die auf der Loya Jirga ins Spiel gebrachte Ethnisierung zeitigt schon erste Folgen. Bewaffnete Männer überfielen auf einer Straße im Süden Afghanistans eine Gruppe von Reisenden und erschossen zwölf Menschen. Bei den Opfern handelte es sich um Angehörige des Harsara-Volkes, einer Minderheit aus Zentralafghanistan. Der Sprecher des Gouverneurs von Helmand, Mohammad Wali Alisei, wies auf die Verschärfung der ethnischen Spannungen hin, wie die Agenturen am 8.1.2004 meldeten. Auf Afghanistan kommen unruhigere Zeiten zu. Eine Verfassung oktroyieren ist einfach, Frieden und Demokratie realisieren ist wesentlich komplizierter.

<sup>34</sup> Kritik in Kabul an afghanischer Verfassung, in: FAZ, 6.1.2004, S. 4.